

# Kapitalismus: Wohlstandsgarant als Hassobjekt

Freie Märkte, individuelle Freiheit, eigenverantwortliches Handeln – die Eckpfeiler des kapitalistischen Wirtschaftssystems sind in den meisten westlichen Ländern unter Dauerbeschuss geraten. Über die Bedeutung des Kapitalismus für die Sicherung von Fortschritt und Wohlstand sprach **standpunkt** mit Stefan Kooths, Leiter des Prognosezentrums im Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) und Professor für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Entrepreneurial Economics an der Business and Information Technology School (BiTS) in Berlin.

**S** **standpunkt:** Herr Professor Kooths, Sie gehören zu den wenigen Stimmen in Deutschland, die uneingeschränkt als Verteidiger des Kapitalismus auftreten – ein Begriff, mit dem man hierzulande vorsichtig sein muss, weil er ganz überwiegend negativ beleumdet ist. Politiker vermeiden diesen Terminus, man hat den Eindruck, dass Menschen, die ihn dennoch benutzen, automatisch den Kopf einziehen. Sie sprechen das Teufelswort ganz offen aus. Fast möchte man Sie fragen, ob Sie denn wirklich einen gültigen deutschen Pass haben!

**Stefan Kooths:** Noch bin ich jedenfalls nicht ausgebürgert worden. Aber es ist richtig: In Deutschland haben die Begriffe Kapitalismus und freie Marktwirtschaft keinen positiven Klang. Wir tun uns hierzulande traditionell schwer mit wirtschaftlicher Freiheit und beäugen das Individuum eher mit Misstrauen. Dabei übersehen wir, welcher Wirtschaftsform wir unseren enormen Wohlstand verdanken. Privateigentum, Wettbewerb, Haftungsrisiko, Gewinnstreben – diese Elemente des Kapitalismus sorgten für die Wohlstandsexplosion zunächst in den westlichen Ländern, an der im Zuge der

Globalisierung immer größere Teile der Menschheit teilhaben. Übrigens galt Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg noch als marktwirtschaftliches Musterland. Liberale können sich daher über den rasanten wirtschaftlichen Wiederaufstieg Westdeutschlands nicht wundern – von „Wirtschaftswunder“ können daher nur diejenigen sprechen, die den Kräften des freien Marktes nicht allzu viel zutrauen.

**standpunkt:** Das Mainstreamklima im Land erweckt aber eher den Eindruck, alles sei dabei, vor die Hunde zu gehen, die Menschheit, ja der ganze Planet werde zum Opfer eben der Elemente des Kapitalismus, die Sie eben genannt haben.

**Stefan Kooths:** Weil „Kapitalismus“ in der politischen Diskussion zur sinnentleerten Kampfvokabel verkommen ist. Für Ökonomen beschreibt dieser Begriff schlicht ein Wirtschaftssystem, in dem die Produktionsfaktoren in privatem Eigentum stehen und private Akteure über knappe Ressourcen disponieren, wobei der Staat über allgemeine Regeln die Verfügungsrechte schützt. Zu den privaten Produktionsfaktoren gehört allen voran die Arbeitskraft, die niemand anderem gehört als den jeweiligen Arbeitern selbst. Kapitalismus geht somit auch einher mit dem Ende der Sklaverei – aber dies nur am Rande. Eigentumsrechte sind dabei nicht nur die Voraussetzung für den privaten Kapitalstockaufbau, sondern auch für eine dezentrale Tauschwirtschaft, die wiederum ein arbeitsteiliges System ermöglicht und Innovationsanreize frei-

setzt. Sie sind damit das Fundament des Massenwohlstands. Um es klar zu sagen: Die kapitalistische Massenproduktion dient den breiten Konsumentenmassen, nicht dem Konsum der oberen Zehntausend. Das müsste eigentlich jedem einleuchten, der mit offenen Augen durch die Welt geht (wie überhaupt eine Weltanschauung davon lebt, dass man sich die Welt anschaut und zwar die Welt heute und die vor fünfzig, vor hundert und vor zweihundert Jahren). Im krassen Gegensatz dazu steht die landläufige Kapitalismuskritik. Alles, was angeblich oder tatsächlich nicht funktioniert, wird in primitiver Weise dem

Kapitalismus in die Schuhe geschoben. Sieht man aber genauer hin, dann sind gerade die beklagten Exzesse zumeist das Resultat staatlich gewährter Privilegien – das ist aber das genaue Gegenteil eines kapitalistischen Systems, das auf abstrakten Regeln basiert, die für alle gleichermaßen gelten. Zu diesen Funktionsprinzipien gehört neben dem Wettbewerb – und damit der Freiheit, sich den Tauschpartner weltweit frei auszuwählen – das Haftungsprinzip. Erst dann können sich im marktwirtschaftlichen Verbund, über den Menschen anonym miteinander kooperieren, Preise als Knappheitssignale

herausbilden, die eine rationale Produktionsweise erlauben. Wo diese Bedingungen nicht gegeben sind, handelt es sich nicht mehr um ein kapitalistisches Wirtschaftssystem. Die Alternative hierzu ist der Sozialismus, bei dem die Produktionsmittel im Staatsbesitz sind. Marktpreise sind dann nicht mehr möglich und der tauschwirtschaftliche Wettbewerb muss durch zentrale Planung (Produktionslenkung und Konsumzuteilung) ersetzt werden.

**standpunkt:** Diese beiden Alternativen sind Gegensätze, die in Deutschland seit vielen Jahren in der Diskussion aufgeweicht werden. Wir sprechen von „sozialer Marktwirtschaft“, die dem kalten Kapitalismus durch staatliche Regulierung die Härte nehmen soll. Man könnte den Eindruck bekommen, dass es einen Kapitalismus Light geben könnte. Ist das wirklich möglich?

**Stefan Kooths:** Nun, wenn selbst bei Staatsquoten von 40 bis 50 Prozent, wie sie heutzutage in den westlichen Industriegesellschaften üblich sind, noch von „Turbokapitalismus“ gesprochen wird, dann frage ich mich, bei welcher Staatsquote der angeblich ungezügelte Kapitalismus endlich gezähmt sein soll. Es ist leicht, zu sagen, man habe ja keinen Sozialismus, solange nicht sämtliche Produktionsmittel enteignet sind. Theoretisch und nach zweihundert Jahren konkreter Erfahrung können wir sagen: Der große Fortschritt bei der Verbesserung der Lebensumstände der Menschheit – alle wesentlichen Kenngrößen wie Armut, Hunger, Kindersterblichkeit, Bildungsniveau etc. haben sich in den letzten Jahrzehnten im Gegensatz zu den deprimierenden Vorhersagen dramatisch verbessert – wurde nicht in tapferem Ringen dem Kapitalismus abgetrotzt, sondern nachweislich durch ihn erst ermöglicht. Je mehr den Marktkräften Raum gegeben wurde, desto besser haben sich die Verhältnisse entwickelt. Der Sozialismus hingegen hat nirgends zu nachhaltigem Fortschritt geführt, sondern zig Millionen Tote gefordert. Ludwig von Mises hat schon in den 1920er Jahren theoretisch nachgewiesen, dass zentrale Planwirtschaft schei-





tern muss, und das hat sich bei jedem neuen Versuch – zuletzt besonders deutlich zu beobachten in Venezuela – immer wieder bestätigt. Jeder Eingriff in die abstrakten Regeln des Marktes streut Sand ins Getriebe einer am Wohlstandsfortschritt der Menschen orientierten Wirtschaftsordnung. Freilich kann die Einschränkung der freien privaten Entscheidung über die Verwendung der Produktionsmittel auch schleichend erfolgen, nicht nur durch formale Enteignung. Dabei wird einfach das Netz an Regulierungen im Laufe der Zeit immer enger geknüpft, womit der Weg aus dem Kapitalismus in den Sozialismus eingeschlagen ist. Bürokratische Vorschriften gewinnen dann gegenüber eigenverantwortlichem unternehmerischem Handeln ständig an Gewicht. Gulliver wäre mit einem einzigen Faden wohl leicht fertig geworden – aber das ganze Geflecht vieler kleiner Fäden hat ihn am Boden gehalten. Diesen Vorgang beobachten wir in den westlichen Gesellschaften seit Jahrzehnten, mit gefährlichen Folgen, die dann, wenn sie eingetreten sind, von den politisch Verantwortlichen gerne einem Marktversagen zugeschrieben werden, nicht den Folgen von Eingriffen in ein ungestörtes Marktgeschehen.

**standpunkt:** Haben Sie dafür ein Beispiel?

**Stefan Kooths:** Nehmen Sie die Unterstützung maroder Banken im Gefolge der Finanzkrise, dem eine viel zu expansive Geldpolitik der Zentralbanken vorausgegangen ist. In einem funktionierenden kapitalistischen System würde das Haftungsrisiko bei den Eigentümern der Banken verbleiben (und auch die Geldvermehrung nicht so aus dem Ruder laufen). Sie wären rechtzeitig vom Markt abgestraft worden und schlicht pleite gegangen. In unserem Zeitalter der staatlichen Wirtschaftsbevormundung wurden sie aber zu Too-Big-To-Fail-Objekten: Die Haftung wurde vergesellschaftet, die Banken mit Steuergeldern am Leben erhalten (und die Zentralbanken drucken noch mehr Geld). Hier wurde also der Markt schlicht ausgehebelt, eine typisch sozialistische Handlungsweise. Von ungezügelter Kapitalismus kann im heutigen Finanzsystem keine Rede mehr sein. Auch die Atomkraft, einst mit viel staatlichen Subventionen hochgezüchtet, hätte es wohl kaum gegeben, wenn den Betreibern das Unfallrisiko nicht in Form einer privilegierten Ausnahme vom Haftungsrecht durch den Staat abgenommen und auf die Allgemeinheit abgewälzt worden

wäre. Denn ein privater Versicherer hätte sich hierfür vermutlich nicht gefunden.

**standpunkt:** Nun bestimmen ja eigentlich die Kapitalismuskritiker den Zeitgeist. Die wiederum wüten ganz besonders laut gegen die Banken und die Atomlobby.

**Stefan Kooths:** Das ist ein Zeichen der Zeit: Kaum jemand weiß noch genau, was Kapitalismus meint. Es existieren die verschiedensten Zerrbilder in den Köpfen der Kritiker, die oft in Form von Wachstumsgegnern auftreten und nicht erkennen oder nicht laut zugeben wollen, was sie eigentlich wollen. Das kapitalistische Marktsystem ist sicher nicht perfekt. Aber es ist intellektuell fahrlässig, wenn man ein real funktionales System mit einem illusorischen Idealbild vergleicht. Gerne drücken sich die Kritiker um die relevante Alternative herum, und die besteht nun einmal – wenn man dem freien Markt misstraut – in mehr staatlichem Dirigismus. Die Erfolgsbilanz dieser Alternative ist allerdings ziemlich dürftig, denn im Kern handelt es sich um sozialistische Rezepte. Um das zu verschleiern, wird häufig statt von Sozialisierung von Demokratisierung der Wirtschaft gesprochen. Es würde den Diskurs sehr erleichtern, wenn die Kapitalismuskritiker dazu stehen würden, dass sie letztlich sozialistische Positionen vertreten.



**standpunkt:** Was wäre denn ein typisches antikapitalistisches Zerrbild?

**Stefan Kooths:** Besonders beliebt ist derzeit im Rahmen der Wachstums- und Konsumkritik das Märchen vom Ende des Mangels. Es gebe keinen Mangel mehr, vielmehr sei unser heutiges Problem die gerechte Verteilung des Überflusses. Dies ist nun wirklich ein Denken aus der Planwirtschaft: Ein abgeschlossenes Gebäude der Bedürfnisse und ein überreichliches Volumen an Gütern, die zur Verteilung anstehen. Dieser Mangel an Mangel würde bedeuten, dass es keine unbefriedigten Bedürfnisse mehr gibt. Überfluss an Waren und Dienstleistungen würde bedeuten, dass das Angebot die Nachfrage erdrückt. Klingt das realistisch? Ich kenne derzeit niemanden ohne unbefriedigte Bedürfnisse. Dahinter steht die Vorstellung, dass die Bürokraten genau wissen, welche Bedürfnisse die Menschen haben (sollen), was darüber hinaus geht, fällt unter das Richtbeil „Konsumverzicht“. Ein Rezept für ökonomischen Stillstand.

**standpunkt:** Genau das soll ja erreicht werden: weniger Konsum. Die Industrie ist aus dieser Sicht ein Blendwerk, das den Menschen Bedürfnisse einredet, um immer mehr produzieren zu können. Der Mensch gewissermaßen eine Puppe an den Fäden eines raffinierten Puppenspielers, der ihn ständig an die stationären oder digitalen Schaufenster zwingt und zum Konsum verführt.

**Stefan Kooths:** Das Menschenbild, das dahinter steckt, muss man glaube ich gar nicht kommentieren. Knappheit, empfundener Mangel, gehört ganz einfach zur allgemeinen Erfahrung. Statten Sie einen Menschen mit allem aus, was er momentan haben möchte und besuchen Sie ihn ein halbes Jahr später mit einer Liste, in die er seine neuen Bedürfnisse eintragen kann. Sie werden staunen, was sich da inzwischen angesammelt hat. In der realen Ökonomie sind Güter, die einen bestimmten Bedarf decken sollen, in aller Regel knapp, so dass wir seit jeher vor einem Auswahlproblem stehen. Weil die Mittel begrenzt sind, bleiben stets Bedürfnisse unbefriedigt. Wirtschaft und Handel wären sonst gar nicht mehr nötig und möglich. Wir kaufen angeblich unzählige Produkte, die wir nicht

brauchen, weil uns die Werbung einredet, dass wir sie kaufen sollen. Wer aber soll entscheiden, was wir „wirklich“ brauchen und welche Werbung ein bei niemandem vorhandenes Bedürfnis bewirbt? Eine Bedürfniskommission! Und schon sind wir beim totalitären Denken der Planwirtschaft. Im Übrigen: Ein kapitalistisches System ist keineswegs zu Wachstum verdammt, wie manche meinen. Ein Teil des Produktivitätsfortschritts haben wir schon in den letzten Jahrzehnten in mehr Freizeit umgesetzt und damit bewusst auf materielles Konsumwachstum verzichtet. Wenn es die Menschen wollen, könnte das System insgesamt auch schrumpfen. Die Wachstumsanreize sind nicht selten diejenigen, die die öffentliche Verschuldung und die Ansprüche gegenüber dem Wohlfahrtsstaat soweit hochgetrieben haben, dass die Einlösung dieser Versprechen bzw. die Abwehr der Staatspleite nur noch durch mehr Wirtschaftsleistung erreicht werden kann. In diesem Sinne wird dann Wachstum tatsächlich zum Selbstzweck. Mit Marktwirtschaft oder Kapitalismus hat dies jedoch nichts zu tun, sondern mit einem völlig verfehlten Makro-Management.

**standpunkt:** Wie erklären Sie sich denn dann eigentlich die ungebrochene Attraktivität dieser letztlich sozialistischen Denkfiguren insbesondere in Deutschland?

Stefan Kooths: Das hat wohl viel mit Mentalität und Denktraditionen zu tun. Im angelsächsischen Kulturraum steht die Entfaltung individueller Freiheit im Mittelpunkt des Denkens. Das bedeutet beispielsweise automatisch eine positive Einstellung zu Privateigentum und eigenverantwortlichen Entscheidungen. Diese bringen Unberechenbarkeit in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Geschehen, was wiederum die Akzeptanz von Risiken auf privater und gesellschaftlicher Ebene voraussetzt. All dies sind Grundbedingungen eines kapitalistischen Wirtschaftssystems. Nicht zufällig hat die philosophische Denkrichtung des kritischen Rationalismus in den USA besonders Fuß gefasst. Sie zieht die Möglichkeit einer objektiven Wahrheit als Grundlage für den Aufbau eines Staates in Zweifel. Vielmehr erkennt sie die Offenheit aller Systeme an, was bedeutet, dass nur ein von den Individuen getragenes Trial- and Error-System zu positiven Veränderungen in einer Gesellschaft führt, während starre Planung angesichts der nicht beherrschbaren Komplexität der Interaktionen und Aktionen der Individuen bei ihrem Streben nach persönlichem Glück nur scheitern kann. Genau dies zeigen Theorie und konkrete Realität der Wirtschaftssysteme. In Deutschland und weiten Teilen Mitteleuropas überwiegt jedoch eher ein Denken der Angst und Risikoscheu, das nach Planung, Kontrolle und Beherrschbarkeit strebt. Hier liegt ein fruchtbarer Boden für



Formen der zentralen Planwirtschaft. Damit geht einher, dass man die Einschränkung der individuellen Freizügigkeit in Kauf nimmt, da sie jede Vorhersagbarkeit erschwert. Nicht Offenheit gegenüber individuellen Lebensentwürfen steht im Mittelpunkt, denn dies würde den Verzicht auf das Erreichen eines vorgegebenen Ziels (etwa gleichmäßige Verteilung des Reichtums) und die Akzeptanz unsicherer Ergebnisse bedeuten. Vielmehr sollen die angestrebten Endergebnisse möglichst kontrolliert angesteuert werden. Dass vielleicht gerade das chaotisch empfundene System des freien Marktes zu mehr Wohlstand und Lebensqualität führen kann, scheint eine unakzeptable Vorstellung zu sein.

**standpunkt:** Ergebnisoffenheit versus Planerfüllung. Optimismus versus Risikovermeidung. Entscheidet sich hier mit, wie gut wir uns im beschleunigten Wettbewerb der Zukunft bewähren werden?

**Stefan Kooths:** Zweifellos ist ein geschmeidiges Versuch- und Irrtumsprinzip mit Risikofreudigkeit hierbei erfolversprechender als ein starres Planungssystem, das vorgibt, die Antworten auf alle Fragen bereits zu kennen und die Welt als abgeschlossenes System behandelt. Wer die Ergebnisse des Wettbewerbs schon zu kennen glaubt, kann auf den Wettbewerbsprozess natürlich leicht verzichten. Das ist aber nichts anderes als eine kolossale Anmaßung von Wissen. Die Geschichte zeigt, dass die freien, wirtschaftsliberalen Gesellschaften schnelle Veränderungen besser meistern und zudem erst die Fortschrittsprozesse anstoßen, von denen wir heute – leider allzu selbstverständlich – profitieren.

**standpunkt:** Wo liegen denn die tieferen Ursachen für die kollektivistische Denkweise, die nach perfekter Kontrolle streben muss, wenn sie ihre Ziele erreichen will? Vor allem: Warum wird sie so oft moralisch überhöht und als die menschlichere Alternative zum gnadenlosen Kapitalismus stilisiert?

**Stefan Kooths:** Ich vermute, dass dies mit der Historie der Sozialisation der Menschheit zu tun hat. Über weite Strecken der Geschichte lebte diese in



kleinen Gruppen. Der soziale Kitt dieser Stammesgesellschaften waren Hierarchie und Solidarität nach innen, aber auch Abgrenzung und Aggression nach außen. Erst sehr spät in der Menschheitsgeschichte wuchs die Erkenntnis, dass der Tauschhandel, der freiwillige Tausch von Gütern zwischen den Kleingruppen (also mit „Fremden“), einen Wohlstandsvorteil schafft, der auf Dauer ungleich produktiver ist als Raubzüge. Aus demselben Grund ist die Sklaverei auch für den Sklavenhalter auf Dauer ein Entwicklungshemmnis. Beim Tausch ist die Kooperationsprämie in Form beiderseitiger Wohlstandszuwächse bereits eingebaut – diese Prämie ist so lukrativ, dass der Tausch seit jeher Grenzen überwindet, egal ob es um die Nationalität, die Hauptfarbe, oder das religiöse Bekenntnis der Beteiligten geht. „Markt“ (engl. „market“) kommt von „mark“, weil sich die ersten Märkte an der Grenze zwischen Stammesgesellschaften herausbildeten. Märkte sind also seit jeher Grenzüberwinder, die Globalisierung ist nur die konsequenteste Form davon. Diese ökonomische Verbindung durch Handel förderte den Frieden und tut dies heute noch. In modernen Massen-

gesellschaften, den anonymen Großgesellschaften, funktioniert die unmittelbare Solidaritätskultur der Kleingruppe nicht mehr (in Familien, Freundeskreisen und Clubs natürlich nach wie vor).

**standpunkt:** Und die Kollektivistischen von heute appellieren nach wie vor an die gemütliche Solidaritätsgesellschaft der Kleingruppe?

**Stefan Kooths:** So ist es, und leider verfängt das immer wieder. Protektionisten appellieren an unsere atavistischen Instinkte, sie wollen die ökonomische Aktivität und den Vorteil daraus auf die „eigene Gruppe“ beschränkt sehen, auch wenn diese mittlerweile in den Nationalstaaten unüberschaubar groß geworden ist. Das Übertragen dieser tiefsitzenden Urinstinkte auf die anonyme Großgesellschaft ist der Kardinalfehler der Protektionisten und sonstiger Sozialingenieure. Die immer umfassendere Regulierung der ökonomischen Aktivitäten hat zum Ziel, die nicht mehr vorhandene Gruppensolidarität wiederherzustellen. Nicht umsonst fällt da so oft der Begriff des solidarischen politischen Handelns oder gar „sozialer Gerechtigkeit“, was wohl Verteilungs-



Anzeige



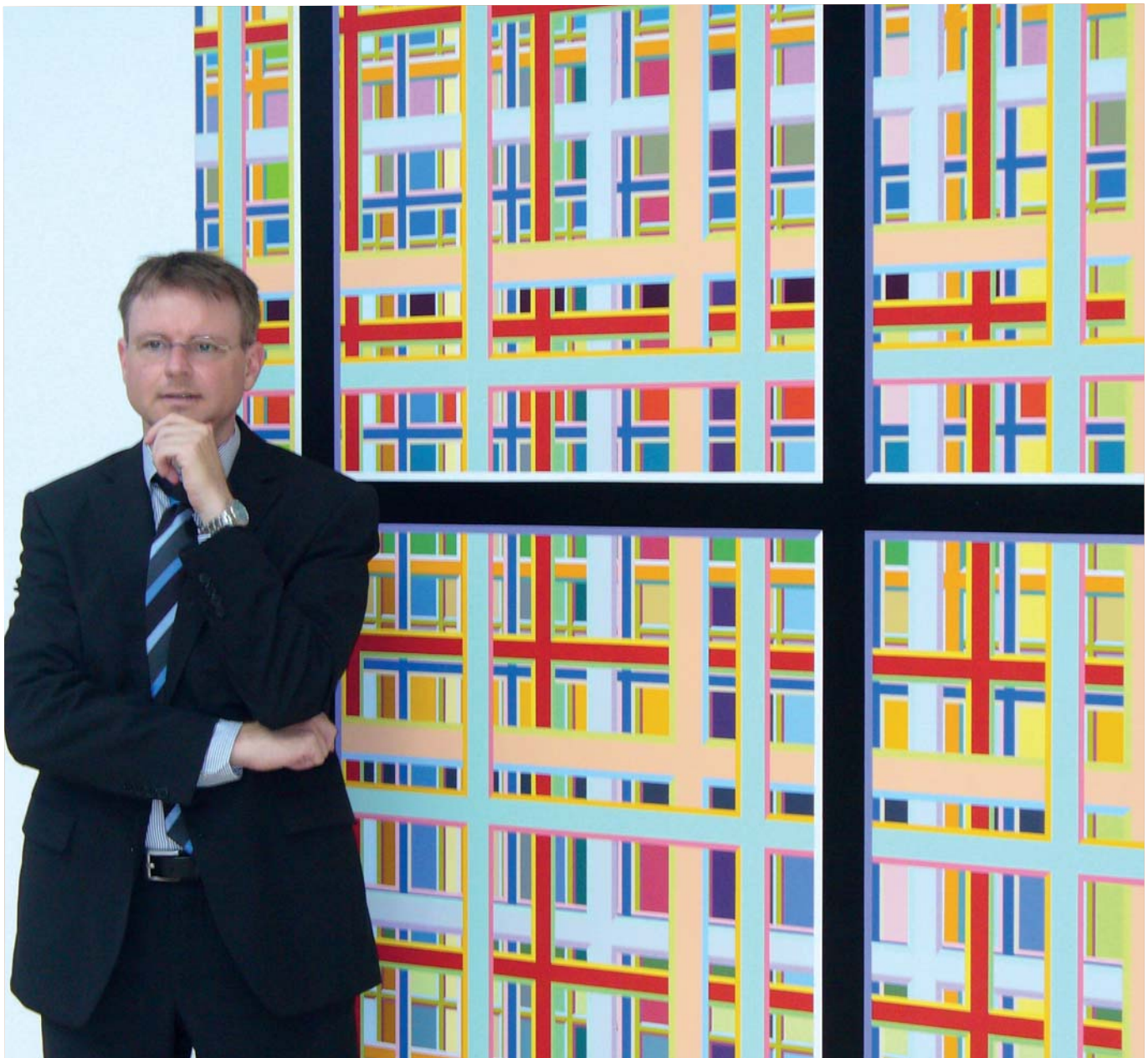
gerechtigkeit meint (denn Gerechtigkeit kann immer nur im sozialen Kontext überhaupt einen Sinn haben). Das kuschelige Gefühl der Gemeinsamkeit des Kollektivs besitzt eine hohe Verführungskraft, funktioniert aber nicht mehr, weil die Solidarität nachlässt, wenn sie sich auf Millionen Menschen beziehen soll, die tausend Kilometer entfernt leben und keinerlei unmittelbaren Kontakt mit denen erleben, denen gegenüber sie solidarisch sein sollen. Demgegenüber ist die Akzeptanz abstrakter Regeln – Achtung des Eigentums, freie Wahl des Tauschpartners, Wettbewerb – eine noch sehr junge Kulturleistung, die zudem intellektuell anspruchsvoller ist. Und die zugleich das Eingeständnis voraussetzt, dass man die Ergebnisse dieser

dezentralen Kooperationsvorgänge der tauschwirtschaftlichen Interaktion zwischen Menschen nicht exakt vorher-sagen kann. Gerade solchen Ökonomen, die gegenüber den Naturwissenschaften ohnehin unter einem akademischen Minderwertigkeitskomplex leiden, fällt diese Einsicht besonders schwer.

**standpunkt:** Ganz abgesehen davon, dass die Komplexität der Großgesellschaften ganz neue Verhältnisse hervorbringt.

**Stefan Kooths:** Diese bringt eine weitere Motivation für Kontroll- und Plandenken der Kollektivisten ans Licht: Wenn schon die Unberechenbarkeit des Individuums

einen bedenklichen Störfaktor bei der Schaffung einer Gesellschaft bedeutet, die nach einem ideologischen Ideal gestaltet sein soll, wie viel schlimmer ist es dann um die Kontrollierbarkeit eines Millionenvolkes bestellt, dessen freie Individuen auf unvorhersagbare Weise interagieren? Die Komplexität moderner Gesellschaften lässt sich nicht mehr – abgesehen von bestimmten Prozessmustern – unmittelbar verstehen und gezielt steuern. Umso strikter müssen daher planwirtschaftliche Vorgaben, bürokratische Regulierungen und Kontrollmechanismen konzipiert werden – alles für das kollektivistisch konstruierte Gemeinwohl natürlich. Hier wird ein fundamentaler Unterschied zum Kapitalismus deutlich: den hat niemand geplant, er ist





das Ergebnis praktischen Vorteilsdenkens, das die Erfahrungen in Freiheit agierender Menschen widerspiegelt. Die Einführung des Geldes oder die Ethik des ehrlichen Kaufmanns haben sich herausgebildet, weil sie sich als vorteilhaft für die Beteiligten erwiesen haben, nicht weil ein Rat oder eine Kommission sie als Instrument für Gerechtigkeit oder ähnliche Zielvorstellungen konzipiert hat. Die Unfähigkeit geplanter Wirtschaften, mit der Komplexität der modernen Gesellschaft fertig zu werden, scheint ihrer Attraktivität in vielen Köpfen dennoch keinen Abbruch zu tun.

**standpunkt:** Sie halten damit eine unzweideutige Hommage an den Kapitalismus, der hierzulande geradezu zum Synonym für Ungleichheit und Ungerechtigkeit geworden ist. Heiner Geißler hat einmal gegen „die amerikanische Freiheitsideologie“ gewettert, die die Wirtschaft beherrsche, während es doch um Gerechtig-

keit gehe. Geht es denn beim Kapitalismus nicht um Gerechtigkeit?

**Stefan Kooths:** Zunächst muss man genau trennen: Ungleichheit und Ungerechtigkeit sind zwei Paar Stiefel. Wer diese Begriffe gleich setzt, argumentiert demagogisch. Eine Gesellschaft, in der größere Vermögensungleichheit herrscht, kann unterm Strich gerechter sein als eine mit hochgradig gleichverteiltem Besitz. Sonst müsste man Nordkorea als gerechter einstufen als Deutschland oder die USA. Was genau Gerechtigkeit sein soll, ist ja auch eine erst zu diskutierende Frage. Und zweitens: Die abstrakten Regeln des Kapitalismus für das wirtschaftliche Zusammenleben freier Menschen schaffen vor allem dann „Wohlstand für alle“ wenn die Gerechtigkeit in Form abstrakter Regeln gewahrt wird. Nur wenn das Haftungsprinzip als abstrakte Regel allgemein

gilt, behalten Vermögenspositionen eine sozial nützliche Funktion, weil dann der Tendenz nach diejenigen über Investitionsentscheidungen befinden, die knappes Kapital in die produktivste Verwendung lenken. Dies kommt nicht nur ihnen selbst zugute – sie behalten und mehren ihr Vermögen – sondern auch Arbeitern (höhere Produktivität steigert die Löhne) und natürlich den Konsumenten. Erst staatliche Bail-outs – über den Steuerzahler oder die Zentralbanken – machen Vermögenspositionen zu einem Ruhekissen für Reiche. Dieses Privileg gibt es im Kapitalismus nicht, weil dort jeder Vermögende seinen Reichtum immer wieder dem Risiko aussetzen muss, um es zu bewahren.

**standpunkt:** Herr Kooths, wir bedanken uns für dieses aufschlussreiche Gespräch.

